

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

R/TX/21

Bonn, den 3. November 1965

Vir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 Das grenzt an Betrug 50

Nicht gehaltene Wahlversprechungen

2 Kein Lückenbüsser

Zur Rolle der Opposition im Fünften Deutschen Bundestag 41

3 - 4 Kleine Freihandelszone wird attraktiv 96

Brückenschlag EWG-EFTA wegen Brüsseler Krise nicht aktuell

Von Egon C. Heinrich

5 Der berrische Landesgesundheitsplan - ein Vorbild 51

Kernstück: Krankenhausförderung

+ \* +

Das grenzt an Betrug  
-----

Nicht gehaltene Wahlversprechungen

sp - Es ist nicht sicher, ob das jetzt zutage tretende Debakel der bundesrepublikanischen Finanzwirtschaft juristisch den Tatbestand des Betruges erfüllt; wahrscheinlich nicht. Schließlich hatten die Wähler vor der letzten Bundestagswahl Gelegenheit, ihre Abgeordneten auf Herz und Nieren auch zu der Frage zu prüfen, wie sie - die Abgeordneten - das bereits vor der Wahl sichtbar gewordene 6-7-Milliarden-Loch im Haushaltsplan für 1966 ausfüllen würden.

Um richtig begreifen zu können, was jetzt nach der Wahl geschieht, muß man sich vergegenwärtigen, was die früheren und jetzigen Regierungsparteien sowie ihre in der Regierung sitzenden Exponenten zu diesem Thema gesagt haben. Sie erklärten ohne Ausnahme, niemand brauche sich wegen kurz vor der Wahl von den Regierungsparteien und von der damals schon unter der Führung von Erhard stehenden Regierung gebilligten Wahlgeschenke Sorgen zu machen. Die Regierung, wohl ahnend, daß nach der Wahl die Rechnung beglichen werden müsse, hatte zwar mit einem Veto gedroht, diese Drohung jedoch nicht wahrgemacht. Sie gab trotz Warnung der Opposition vor der Wahl nicht einmal die Finanzierungspläne für die Wahlgeschenke bekannt!

So konnte man denn beruhigt in den Wahlkampf ziehen, fast ungestört die Sozialdemokratie bezichtigen, sie treibe der Inflation entgegen, konnte auf "die Gewerkschafter" schimpfen und ihnen die vermeintliche Schuld an der Preislawine in die Schuhe schieben, warnende Intellektuelle Pirecher und Nichtskönner nennen und im Übrigen so tun, als habe man alle Weisheiten mit dem Löffel gegessen.

Jetzt geht die Rechnung nicht auf. Die Mehrheit der Wähler hat zwar - wie das Wahlergebnis zeigt - den Parteien der bisherigen Regierungskoalition wieder in den Sattel geholfen, wird aber jetzt zur Begleichung des am 19. September leichtfertig ausgestellten Blankoschecks aufgerufen.

Früher hieß es immer "Wahltag ist Zahltag". Heute könnte man sagen, Rechnungen werden erst nach dem Zahlungstermin beglichen.

Wenn man Herrn Erhard jetzt in Fernsehchen zu "seinem Volk" sprechen hört, könnte man annehmen, dieser Mann habe von der jetzt das ganze Volk bedrückenden Entwicklung nichts gekahnt. Treuherrzig appelliert er wieder einmal an "alle Bürger" und weiß doch dabei ganz genau, daß bestimmte Gruppen der von ihm noch zu formierenden Gesellschaft längst ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben und sich über die jetzt angekündigten Sparmaßnahmen ins Püschchen lachen. Wer Grundbesitz im Ausland gekauft hat, wer mit Hilfe von Spekulation riesige private Vermögen anhäufen konnte, bei dem spielen einige tausend Mark, die er sich jetzt unter Umständen abknapsen müßte, keine große Rolle. Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes, die in Vertrauen auf eine solide Geschäftsführung des Staates fleißig gearbeitet hat, Spargroschen auf die Seite legte, um vorwärts zu kommen - diese Mehrheit muß heute mit ansehen, wie nach dem Feilschen um die Ministerposten nunmehr so getan wird, als wolle man seriös werden.

Alles das ist der Ausdruck einer intellektuellen Unsauberkeit. So wird das Vertrauen unseres Volkes zum demokratischen Staat unterminiert.

### Kein Lückenbüßer

#### Zur Rolle der Opposition im Fünften Deutschen Bundestag

sp - Für das zweite Kabinett Erhard kommen schwere Zeiten. Ein großer Teil der Schwierigkeiten, mit denen es zu tun hat und zu tun haben wird, liegt in der inneren Zusammensetzung dieser Regierung begründet. Ihr fehlt Kohärenz, der feste innere Zusammenhalt und kraftvoller Führungswille. Das Dilemma beginnt schon in der Spitze. Was Erhard in den Tagen und Wochen an Wankelmüt und mangelndem Stehvermögen bot, bestätigte die schlimmsten Vorahnungen. Es will schon etwas heißen, wenn ein für die CDU so gewichtiger Mann wie Bundestagspräsident Gerstenmaier einen Wechsel an der Spitze noch während dieser Legislaturperiode für möglich hält. Gerstenmaier muß es wissen. Er kennt wie kaum ein anderer die Interna und kennt auch seine Pappenheimer. Sein Zeugnis mangelnder Lebensdauer dieses Kabinetts kommt der Wirklichkeit nahe.

Manche führenden Männer innerhalb der Koalitionsparteien sind nur des Glaubens, die parlamentarische Opposition werde als Lückenbüßer einspringen, sollte die Regierung in allzu große Schwierigkeiten geraten und nicht über die von ihr selbst errichteten Fürden kommen. Das zweite Kabinett Erhard schleppt ja vieles mit, womit das erste Kabinett Erhard nicht fertig wurde. Die Reform der Krankenversicherung etwa dürfte sich auch für die neue Regierung als eine nicht zu knackernde Nuß erweisen. Über die immer dringlicher werdende Notwendigkeit einer Finanzreform bestehen innerhalb der Koalitionsparteien tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Die generelle Ablehnung der Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes durch die überwiegende Mehrheit des Kabinetts wird den "linken Flügel" der CDU mit Bundesarbeitsminister Katzer an der Spitze in existenzgefährdende Bedrängnis bringen. Die Sanierung von Bundespost und Bundesbahn verlangt weitgehende Entschlüsse, vor allem aber eine den Bedürfnissen des wachsenden Verkehrs angepaßte Konzeption. An dieser fehlt es eben. Das Notstandspaket bleibt immer noch aufzuschnüren, in ihm stecken noch viele Fallstricke und Ungereimtheiten. Allein kann die Koalition mit dem Katalog durchzuführender Vorhaben, der sich noch um vieles ergänzen ließe, nicht fertig werden. Das verbietet die Zusammensetzung dieser Regierung mit ihren auseinanderstrebenden Tendenzen.

Nur ist die Sozialdemokratie keine Partei, die sich als Feigenblatt eignet, das die Blöße der Koalition verdecken soll. Sie gibt sich auch nicht zum Lückenbüßer her. Sie ist im Vergleich zum letzten Bundestag immerhin mit 15 Abgeordneten stärker vertreten, hinter ihr stehen, die Berliner dazugerechnet, 40 Prozent der Wähler, und sie verfügt, wiederum zum Unterschied zur Koalition, über ein auf das Ganze bezogenes Sachprogramm, das vor jedem Sachverstand bestehen kann. Das läßt sich von der Tagesordnung deutscher Politik nicht hinwegwischen. Wenn die Regierung in den großen Fragen deutscher Innen- und Außenpolitik auch nur millimeterweise vorankommen will, kann sie dies nicht gegen die SPD erreichen. Sie muß schon die Zusammenarbeit und den Akkord mit der Opposition suchen, nicht umgekehrt. Das grenzt die Verantwortlichkeiten ab und klärt das Verhältnis von Regierung und Opposition.

### Kleine Freihandelszone wird attraktiv

Brückenschlag EWG-EFTA wegen Brüsseler Krise nicht aktuell

Von Egon C. Heinrich

Während die EWG noch immer durch ihre bisher schwerste innere Krise gelähmt ist, konnte das "Konkurrenzunternehmen" EWFTA jetzt einen beachtlichen Prestigeerfolg verbuchen. Die Minister der sieben Mitgliedsländer der sogenannten Kleinen Freihandelszone (EFTA) - Großbritannien, Schweden, die Schweiz, Österreich, Dänemark, Norwegen und Portugal - waren in Kopenhagen zu ihrer weltweit beachteten Herbsttagung zusammengetreten. Am Vorabend der Konferenz konnte der gastgebende dänische Außenminister und derzeitige EFTA-Vorsitzende Per Hækkerup bekanntgeben, daß Jugoslawien um Assoziation mit der EFTA nachgesucht habe. Dieses Gesuch hat das Prestige und die Attraktivität der EFTA ohne Zweifel ganz wesentlich gestärkt. Zuvor waren nämlich Verhandlungen zwischen Jugoslawien und der EWG für Belgrad unbefriedigend verlaufen.

Zwischen der EFTA und Jugoslawien sollen aufgrund des Kopenhagener Ministerratsbeschlusses nun zunächst einmal Handelsgespräche beim Genfer EFTA-Sekretariat aufgenommen werden. Diesen Schritt kommt große politische Bedeutung zu. Er könnte der Beginn einer "Öffnung nach dem Osten" sein, zumal da Belgrad mit dem Ostblock-Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) eng zusammenarbeitet. Die wirtschaftlichen Selbstständigkeitsbestrebungen der kleineren Ostblockstaaten können auf diese Weise auch politisch ausgenutzt werden. Die EFTA wäre aufgrund ihrer nur losen wirtschaftlichen Verflechtung zu einem Brückenschlag zwischen West- und Osteuropa wohl eher geeignet als die EWG mit ihrer Wirtschaftsunion und Integrationsautomatik. Die Freihandelszone wird offenbar als die weltoffene Integrationsform betrachtet.

### Brüssel - nicht aktionsfähig

In Mittelpunkt der Kopenhagener Sitzung stand der Brückenschlag zwischen den beiden westeuropäischen Blöcken EWG und EFTA. Bereits auf ihrer Wiener Tagung vom Frühjahr 1965 hatten sich die Sieben mit diesem Thema befaßt. Damals war man übereingekommen, der EWG im Oktober ein konkretes Verhandlungsangebot, vor allem den Abbau der Zollsauern betreffend, zu unterbreiten. Die am 1. Juli ausgebrochene Brüsseler Krise hat nun aber derartige Verhandlungen zunächst unmöglich gemacht. Brüssel ist zur Zeit nicht aktionsfähig. Vor den französischen Präsidentschaftswahlen am 5. Dezember ist auch nicht mit einer Rückkehr Frankreichs an den Brüsseler Verhandlungstisch zu rechnen. Dann werden die Sechs erst einmal über die französischen Revisionsforderungen beraten müssen. Angesichts dieser Situation konnten die EFTA-Minister schließlich nur ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der EWG erklären. Der erwartete Aufruf zu einer direkten EWG-EFTA-Ministerkonferenz blieb aus. Unter Bezug auf die Gründungsakte der EFTA heißt es in dem Kommuniqué von Kopenhagen:

"Die Regierungen der EFTA-Mitgliedstaaten sind überzeugt, daß die Chancen zur Erreichung ihres Endziels, eines umfassenden

europäischen Marktes, bedeutend verbessert würden, wenn es zu einem Gespräch, auf welcher Ebene auch immer, zwischen der EWG und der EFTA käme."

Die Initiative zu diesem Verhandlungsangebot ging von dem englischen Außenminister Michael Stewart aus. Er wurde besonders von seinem dänischen Kollegen unterstützt, während die anderen Mitgliedstaaten eher zurückhaltend agierten. Ein Zusammenschluß beider Wirtschaftsblicke mit ihren 270 Millionen Menschen würde nicht nur die Zollmauern beseitigen, sondern auch das weltpolitische Gewicht Westeuropas wesentlich erhöhen.

#### Die Zeit noch nicht reif

Als Fazit bleibt, daß der Brückenschlag zwischen den Sechs und den Sieben z.Zt. unrealistisch ist. Für eine Wiederholung des englischen Beitrittsgesuchs von 1961 zur EWG ist die Zeit noch nicht reif. Als Alternative zeigt sich daher den Sieben nur der engere wirtschaftliche Zusammenschluß, um sich gegen die EWG behaupten zu können. Indessen schreitet der Zollabbau innerhalb der einzelnen Gruppen immer weiter fort. Am 1. Januar 1966 werden die Binnenzollsätze beider Blöcke nur noch 20 Prozent des Ausgangsniveaus betragen. Der volle Diskriminierungseffekt wird bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zeitpläne für die Zollsenkungen im Jahre 1967 eintreten. Jeder Zollabbau in der EWG benachteiligt die EFTA-Länder und umgekehrt. Alle Hoffnungen richten sich daher auf einen positiven Ausgang der Kennedy-Runde, die zu gegenseitigen weltweiten Zollsenkungen bis zu 50 Prozent führen soll. Als Hauptziel bezeichneten die Sieben demnächst auch den erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde. Die Kennedy-Runde aber stagniert bereits infolge des französischen EWG-Boykotts. Es ist zweifelhaft, ob die GATT-Verhandlungen noch bis zum 31.7.1967 beendet werden können. Zu diesem Zeitpunkt läuft nämlich die dem US-Präsidenten vom Kongreß erteilte Vollmacht aus, über eine 50 prozentige Senkung der US-Zölle zu verhandeln. Die Bundesrepublik Deutschland muß ganz besonders stark an einen Abbau der Zollmauer und an einer nichtprotektionistischen Handelspolitik in Westeuropa interessiert sein. Denn die EFTA zählt zu den größten Exportmärkten Westdeutschlands. 1964 betrug der westdeutsche Handelsbilanzüberschuß gegenüber der EFTA rund sieben Milliarden DM. Von Professor Schiller, Professor Müller-Armack und dem DIHT-Präsidenten Schneider sind schon vor längerer Zeit Vorschläge über eine Annäherung EWG-EFTA gemacht worden.

#### Innere Schwierigkeiten der EFTA

Auch die EFTA hat noch immer mit gewissen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Der von der britischen Regierung im Oktober 1964 eingeführte Sonderzoll auf alle Einfuhren von industriellen Halb- und Fertigerzeugnissen belastet das Klima unter den Partnern schwer. Der Sonderzoll war zwar im Februar dieses Jahres von 15 auf 10 Prozent reduziert worden. Zu einer völligen Streichung konnte sich die britische Regierung jedoch noch nicht durchringen. Sie hält einen solchen Schritt angesichts der Zahlungsbilanzsituation für verfrüht. Dem Zusammenhalt in der EFTA abträglich war auch das österreichische Assoziierungsgesuch zur EWG. Wegen der starken wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit dem Gemeinsamen Markt ist man aber bereit, Österreich eine Verbindung mit beiden Blöcken zuzugestehen.

europäischen Marktes, bedeutend verbessert würden, wenn es zu einem Gespräch, auf welcher Ebene auch immer, zwischen der EWG und der EFTA käme."

Die Initiative zu diesem Verhandlungsangebot ging von dem englischen Außenminister Michael Stewart aus. Er wurde besonders von seinem dänischen Kollegen unterstützt, während die anderen Mitgliedstaaten eher zurückhaltend agierten. Ein Zusammenschluß beider Wirtschaftsböcke mit ihren 270 Millionen Menschen würde nicht nur die Zollmauern beseitigen, sondern auch das weltpolitische Gewicht Westeuropas wesentlich erhöhen.

#### Die Zeit noch nicht reif

Als Fazit bleibt, daß der Brückenschlag zwischen den Sechs und den Sieben z.Zt. unrealistisch ist. Für eine Wiederholung des englischen Beitrittsgesuchs von 1961 zur EWG ist die Zeit noch nicht reif. Als Alternative zeigt sich daher den Sieben nur der engere wirtschaftliche Zusammenschluß, um sich gegen die EWG behaupten zu können. Indessen schreitet der Zollabbau innerhalb der einzelnen Gruppen immer weiter fort. Am 1. Januar 1966 werden die Binnenzollsätze beider Blöcke nur noch 20 Prozent des Ausgangsniveaus betragen. Der volle Diskriminierungseffekt wird bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zeitpläne für die Zollsenkungen im Jahre 1967 eintreten. Jeder Zollabbau in der EWG benachteiligt die EFTA-Länder und umgekehrt. Alle Hoffnungen richten sich daher auf einen positiven Ausgang der Kennedy-Runde, die zu gegenseitigen weltweiten Zollsenkungen bis zu 50 Prozent führen soll. Als Hauptziel bezeichneten die Sieben denn auch den erfolgreichen Abschluß der Kennedy-Runde. Die Kennedy-Runde aber stagniert bereits infolge des französischen EWG-Boykotts. Es ist zweifelhaft, ob die GATT-Verhandlungen noch bis zur 31.7.1967 beendet werden können. Zu diesem Zeitpunkt läuft nämlich die dem US-Präsidenten vom Kongreß erteilte Vollmacht aus, über eine 50 prozentige Senkung der US-Zölle zu verhandeln. Die Bundesrepublik Deutschland muß ganz besonders stark an einen Abbau der Zollmauer und an einer nichtprotektionistischen Handelspolitik in Westeuropa interessiert sein. Denn die EFTA zählt zu den größten Exportmärkten Westdeutschlands. 1964 betrug der westdeutsche Handelsbilanzüberschuß gegenüber der EFTA rund sieben Milliarden DM. Von Professor Schiller, Professor Müller-Armack und dem DIET-Präsidenten Schneider sind schon vor längerer Zeit Vorschläge über eine Annäherung EWG-EFTA gemacht worden.

#### Innere Schwierigkeiten der EFTA

Auch die EFTA hat noch immer mit gewissen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Der von der britischen Regierung im Oktober 1964 eingeführte Sonderzoll auf alle Einfuhren von industriellen Halb- und Fertigerzeugnissen belastet das Klima unter den Partnern schwer. Der Sonderzoll war zwar im Februar dieses Jahres von 15 auf 10 Prozent reduziert worden. Zu einer völligen Streichung konnte sich die britische Regierung jedoch noch nicht durchringen. Sie hält einen solchen Schritt angesichts der Zahlungsbilanzsituation für verfrüht. Dem Zusammenhalt in der EFTA abträglich war auch das österreichische Assoziierungsgesuch zur EWG. Wegen der starken wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit dem Gemeinsamen Markt ist man aber bereit, Österreich eine Verbindung mit beiden Blöcken zuzugestehen.

## Der hessische Landesgesundheitsplan - ein Vorbild

### Kernstück: Krankenhausförderung

sp - Die Aufgaben und Zielsetzungen einer zeitgerechten Sozialpolitik werden von der allgemeinen Entwicklung bestimmt. Sie unterscheiden sich heute grundlegend von denen vergangener Epochen. Hauptanliegen der sozialpolitischen Arbeit ist heute nicht mehr die bloße Beseitigung oder Linderung materieller Not, sondern die Verwirklichung einer Sozialordnung, die ein Optimum an sozialer Sicherheit für alle garantiert. In dieser Sozialordnung spielt die Gesundheitsvor- und fürsorge eine bedeutsame Rolle als Gemeinschaftsaufgabe.

Nach umfangreichen Vorarbeiten hat die Gesundheitsabteilung des Hessischen Ministeriums den "Hessischen Landesgesundheitsplan" entwickelt. Er dient der Koordinierung und Abstimmung aller Maßnahmen des öffentlichen Gesundheitswesens und zugleich dazu, die Aufgaben der Ärzteschaft und des öffentlichen Gesundheitsdienstes sinnvoll abzugrenzen. Vorbeugende Gesundheitspflege und Gesundheitserziehung haben den Vorrang.

Kernstück aber ist das große Krankenhausförderungsprogramm, um die Voraussetzung für eine aktive Gesundheitssicherung zu schaffen. Für den Krankenhausbau wurden für Neu- und Erweiterungsbauten, Modernisierungen und Ergänzungen der Einrichtungen von 1951 bis 1959 46,2 Millionen Mark und von 1959 bis 1965 rund 300 Millionen Mark als verlorene Zuschüsse aus Landesmitteln bereitgestellt. Ziel des hessischen Krankenhausförderungs-Programms ist es, innerhalb von zehn Jahren die Hessischen Krankenhäuser nicht nur einrichtungsmäßig auf den modernsten Stand zu bringen, sondern auch so viele neue zusätzliche Betten zu schaffen, daß auf tausend Einwohner des Landes sieben Krankenhausbetten für Akutkranke kommen. Gegenwärtig stehen nur 6,1 planmäßige Betten für tausend Bürger Hessens zur Verfügung.

Um ausreichendes Pflegepersonal für die Krankenanstalten zu sichern, werden seit nunmehr fünf Jahren in verstärktem Maße Landesmittel zur Förderung von Schwesternwohnheimen bereitgestellt. So konnten von 1959 bis Ende 1964 über 60 größere Schwesternwohnheime gebaut, modernisiert oder vergrößert werden.

Die Landesregierung ist sich der zunehmenden Bedeutung des Krankenhauswesens für die ärztliche Versorgung bewußt. In einer im Jahre 1965 durchgeführten Sondererhebung wurde festgestellt, daß insgesamt Investitionen von über 900 Millionen Mark notwendig sind. Ein gewaltiger Finanzbedarf. Doch die Landesregierung ist gewillt, die große Gemeinschaftsaufgabe zusammen mit den kommunalen und freien gemeinnützigen Krankenträgern in einem Zehnjahresplan zu lösen. Die Finanzierungshilfe gibt dem Land nicht nur die Möglichkeit, den Krankenhäusern wirksam zu helfen, sondern auch ordnend und koordinierend einzugreifen, örtliche Fehlinvestitionen weitgehend zu verhindern und damit den Ordnungsauftrag der Verfassung zu entsprechen. - Daß die hessische CDU den Großen Hessenplan im allgemeinen und die vorausschauende Politik der Landesregierung im besonderen aus durchsichtigen Gründen kritisiert, soll aber nicht verschwiegen werden. Aber es muß gleichzeitig daran erinnert werden, daß die von der CDU geführte Bundesregierung etwa zur Förderung des Krankenhausbaues jährlich nur rund 20 Millionen aufwendet. Obschon ein einziges modernes Kreis Krankenhaus an die 30 Millionen DM kostet...